

Kreisläufe schließen – Klima schützen



Umweltpolitische Ansätze aus Sicht des NABU

Sascha Roth – Parlamentarischer Abend am 11.09.2019



Abfallwirtschaft und Klima

1972: Erstes Gesetz über die Beseitigung von Abfällen

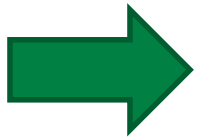
- Beseitigung als vorrangiges Ziel

1996: Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetz

- Vorrang der Verwertung (de facto Gleichbehandlung der stofflichen und energetischen Verwertung)

2005: Deponierungsverbot

Kreislaufwirtschaftsgesetz/ElektroG/ Verpackungsgesetz/etc.



*Noch 1990 hat die deutsche Siedlungsabfallwirtschaft das Klima mit fast **38 Millionen Tonnen klimaschädlicher Gase** belastet. Bis zum Jahr 2015 wandelte sich diese Belastung in eine **Entlastung von etwa 27 Millionen Tonnen** – pro Jahr (Umweltbundesamt 2017)*

Klimaschutzpotenziale der Vermeidung und des Recyclings



Quelle: BMU

Metallrecycling: Einsparung von CO₂-Emissionen

Laut einer aktuellen, im Auftrag der EU-Kommission erstellten Studie könnte ein umfassendes Metallrecycling wesentlich mehr Treibhausgasemissionen einsparen als die Ökologisierung der Produktionsprozesse oder die Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien.

22.02.2019 Quelle: Recycling Magazin

Die Verbrennung von Abfällen verursachte allein im Jahr 2017 CO₂-Emissionen in Höhe über 9 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenz

Quelle: ITAD 2017

Klimaschutzpotenziale der Vermeidung und des Recyclings

„Der Gesamtbeitrag des Verpackungsrecyclings von Leichtverpackungen, Glas und PPK zum Klimaschutz liegt bei 3,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten.“

Der Grüne Punkt 2016

„Allein eine Verdoppelung des nicht energetischen Rezyklateinsatzes in Deutschland von derzeit ca. 15 Prozent hätte neben dem Einspareffekt bei den natürlichen Rohstoffen auch eine zusätzliche CO₂-Einsparung von 60 Millionen Tonnen zur Folge.“

Pressemitteilung des BDE vom 29.7.

Und heute? Abfallwirtschaft statt Kreislaufwirtschaft

- Deutscher Ressourcenbedarf wird nur zu 15 Prozent durch Sekundärrohstoffe gedeckt
- Nur 15,6 Prozent¹ der Kunststoffe (fossiler Rohstoff) in Deutschland werden zu Rezyklat verarbeitet
- „Entsorgungsnotstand“ in Müllverbrennungsanlagen? Getrenntsammlungspflicht!
- Hersteller haben die späteren Abfalleigenschaften ihrer Produkte nicht im Blick
- Flickenteppich der Entsorgungsinfrastruktur in den Kreisen und Städten
- Unsicherheit bei der Nachfrage nach Rezyklaten

1 auf Basis der Gesamtmenge der anfallenden gebrauchten Kunststoffprodukte

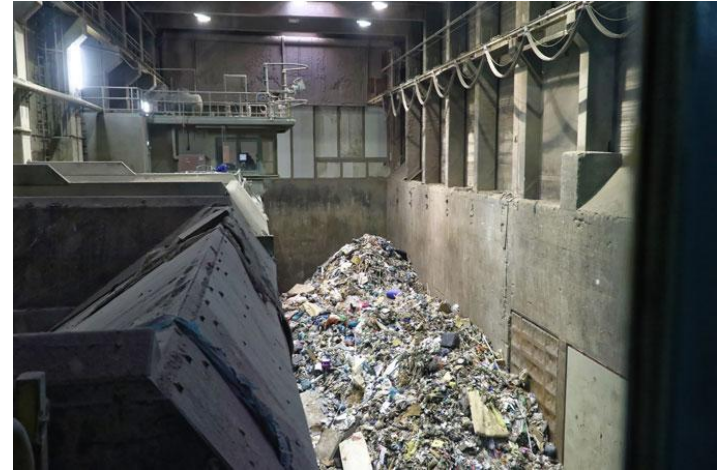


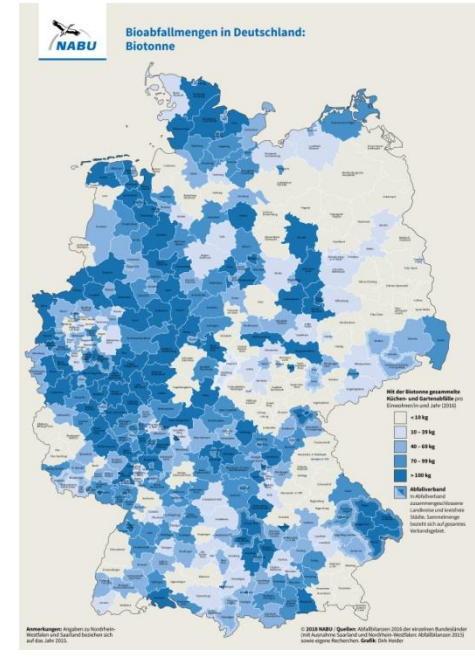
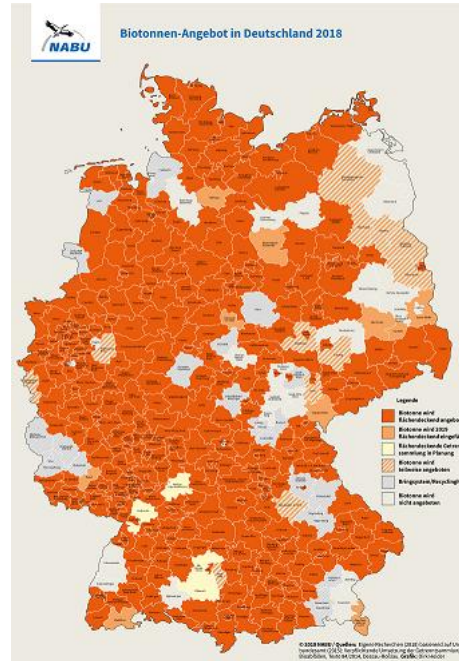
Foto: Harald Heinritz/abfallbild.de

Kreislaufwirtschaft braucht politischen Rahmen

- Bestehende Gesetze müssen vollzogen werden

- Biotonne ist seit 2015 Pflicht!

- In 72 von 402 Landkreisen und kreisfreien Städten, also in fast jedem fünften Kreis, wird im Jahr 2018 noch immer keine flächendeckende Biotonne angeboten



Kreislaufwirtschaft braucht politischen Rahmen

Bei der Wertstofftonne am Ball bleiben!

- Mehr als 5 Kilo Wertstoffe pro Einwohner und Jahr könnten gesammelt und recycelt werden!
- Thema nicht nur den aktiven Kreisen und Städten überlassen
- Wichtige Maßnahme der Abfallwirtschaft im Klimaschutzgesetz

Kreislaufwirtschaft braucht politischen Rahmen

Kreislaufwirtschaftsgesetz muss Ressourcen- und Klimaschutzpotenziale heben

- Abfallvermeidungsziele
- Höhere Recyclingquoten
- **Einführung Recyclateinsatzquoten**
- Flächendeckende Biotonne
- Sperrmüllverordnung
- Verursachergerechte Abfallgebühren
- **Ausbau der Produzentenverantwortung**
- Bessere Abfallberatung

Zu kleine Schritte auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft

Kurzfassung der Stellungnahme des NABU Bundesverbands anlässlich der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf WR II 2 - 30101-6/8 (Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union - Kreislaufwirtschaftsgesetz)



Wie kann das Klimaschutzgesetz die Kreislaufwirtschaft fördern

- Klares Bekenntnis zur Kreislaufwirtschaft und zu den Klimaschutzpotenzialen der Abfallvermeidung, Wiederverwendung und des Recyclings
- Fahrplan zur Etablierung regionaler Kreislaufwirtschaftsmodelle und der damit einhergehenden koordinierten räumlichen Reduktion von Verbrennungskapazitäten
- Verbrennung von Kunststoffabfällen muss besteuert werden
- Weitere fiskalische Maßnahmen wie Ressourcenabgabe oder CO₂-Steuer zur Förderung von Recycling und Rezyklateinsatz
- Verstärkte Förderung regenerativer Wärmequellen, die in naher Zukunft MVA als Fernwärmelieferant ablösen.

Die Zeit zu Handeln ist jetzt !

Kreislaufwirtschaftsgesetz und Klimaschutzgesetz
können Meilensteine für eine zukunftsfähige
Wirtschaft in Deutschland sein



NABU-Bundesgeschäftsstelle

Sascha Roth

Charitéstraße 3

10117 Berlin

Tel. +49 (0)30.28 49 84-16 60

Fax +49 (0)30.28 49 84-36 60

Sascha.Roth@NABU.de

www.NABU.de